

Wir fordern von der Bundesregierung im Detail:

- Die Stabilisierung der Pflegeversicherung, damit Menschen in Würde altern können - versicherungsfremde Leistungen und pandemiebedingte Aufwände sind auszugleichen. Pflegende Angehörige und Zugehörige brauchen mehr Unterstützung, beispielsweise durch eine Lohnersatzleistung.
- Die Sicherung einer qualitativ guten, wohnortnahen gesundheitlichen Versorgungsstruktur, inklusive der Krankenhausversorgung. Also auch eine Krankenhausstrukturreform, die eine gute Gesundheitsversorgung für die Menschen vor Ort sicherstellt. Das erfordert ein finanzielles Sofortprogramm. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss hinreichend aus Steuermitteln von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden.
- Die auskömmliche Refinanzierung der gemeinnützigen sozialen Infrastruktur, insbesondere der Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege und Unterstützung für nachhaltige Investitionen in diese tragende Säule sozialer Sicherheit und Versorgung.
- Ein Investitionsprogramm für den Ausbau von Kitaplätzen und bundesweite Qualitätsstandards in den Kitas, an denen sich der Bund finanziell beteiligen muss. Zudem müssen rd. 3 Millionen Kinder und Jugendliche endlich durch eine Kindergrundsicherung aus der Armutsfalle befreit und ihr Recht auf Bildung und Teilhabe gesichert werden. Es bedarf einer verlässlichen Finanzierung für die Zukunft der Bildung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.
- Stärkerer Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in Höhe von jährlich mind. 100.000 Wohnungen sowie eine längere Preis- und Belegungsbindung für Sozialwohnungen, die aus der Bindung fallen. Zudem brauchen wir eine stärker ausgebaute Wohngemeinnützigkeit.
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Erhalt, Sanierung und barrierefreien Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur sowie für die finanzielle Ausgestaltung des Ausbau-Modernisierungspakts für den ÖPNV. Hinzu kommen Mittel für die Erhöhung der Personalkosten bei einer gewünschten Verdopplung der Fahrleistung.
- Es muss sichergestellt werden, dass die Kommunen ihrer zentralen Aufgabe in der Daseinsvorsorge nachkommen können. Dafür ist eine bessere Finanzausstattung der Kommunen notwendig. Nur so lässt sich eine resiliente, bedarfsgerechte soziale und physische Infrastruktur vor Ort finanzieren und gestalten. Zudem bedarf es einer Altschuldenregelung für überschuldete Kommunen.
- Die Einführung eines sozial gestaffelten Klimageldes und einer sozial gestaffelten Förderung von Klimaschutzmaßnahmen, die verhindern, dass der steigende CO₂-Preis und Klimapolitik zu sozialen Verwerfungen insb. bei ärmeren Haushalten führt. Ohne sozialen Ausgleich verliert die zwingend erforderliche Klimapolitik die Unterstützung in der Bevölkerung.
- Einen Verzicht auf Kürzungen bei der Eingliederungshilfe im SGB II. Arbeitsmarktintegration darf nicht daran scheitern, dass den Vermittler*innen in den Jobcentern Steine in den Weg gelegt werden. Die bestehenden Eingliederungsmaßnahmen in Kooperation mit sozialen Trägern helfen besonders Menschen mit Integrationshemmnissen ihren Weg in Arbeit zurückzufinden.
- Eine verlässliche, nachhaltige Finanzierungszusage für die Strukturen der Migrationsberatung, Asylverfahrensberatung und der psychosozialen Zentren für Geflüchtete. Eine offene Einwanderungsgesellschaft und die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ist nur mit bundesweit ausreichenden Beratungsangeboten zu leisten.
- Planungssicherheit für die Freiwilligendienste. Derzeit werden Bundesmittel für die Freiwilligendienste nur jährlich bewilligt – doch die Dienste werden in der Regel überjährig angeboten. Es muss ein mehrjähriger Finanzierungsrahmen vereinbart werden, der es jedem jungen Menschen ermöglicht, einen Freiwilligendienst zu absolvieren – unabhängig von seiner sozialen Herkunft.